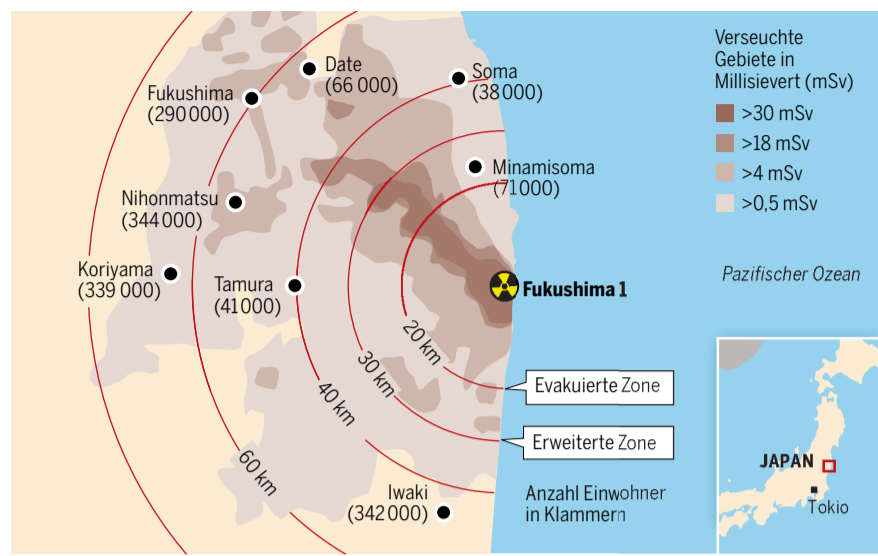


# International



Polizisten in Schutzanzügen in Minamisoma. Foto: David Guttenfelder (AP, Keystone)

## Bedrohte Städte im Umkreis von Fukushima 1



TA-Grafik ib / Quelle: IRSN

# Wie Fukushima zu Tschernobyl wurde

Vertuschen, vortäuschen, verschweigen: Das Versagen der japanischen Atomkraftwerkbetreiber und der Behörden wird mit jedem Tag offenkundiger.

Von Christoph Neidhart, Tokio

Im Dorf Iitate soll Rinderzüchter Nagakiyo Yamada seine wertvollen Kälber zurücklassen und den Hof aufgeben. Das hat die Regierung am Dienstag angeordnet. «Ich kann die doch nicht einfach hierlassen», sagte er der Zeitung «Mainichi». «Es ist noch nicht entschieden, ob und wie wir entschädigt werden.»

Seit der Havarie des Atomkraftwerks Fukushima 1 habe er sich brav an die Anordnungen der Regierung gehalten, die Fenster geschlossen zu halten und nicht ins Freie zu gehen. «Wo sollen wir denn hin?» Yamadas Mutter (80) klagte: «Sogar während des 2. Weltkriegs durften wir ins Freie.» Sie will hier sterben: «Ich bin schon längst verstrahlt.»

**Schon am 12. März ahnte die US-Armee, dass Tepco die Lage nicht unter Kontrolle bringen würde.**

Neben Iitate werden vier andere Dörfer nun evakuiert: Katsurao, Kawamata, Namie und Teile von Minamisoma. Lange hatte sich die japanische Regierung gegen diese Anordnung gestäubt, obwohl die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) und Greenpeace die Räumung dieser Orte empfohlen hatten. Die Atomexperten der Regierung sagten, den Menschen in der 20-30-Kilometer-Zone sei die freiwillige Evakuierung empfohlen worden. Wer nicht gehe, solle in den Häusern bleiben. Allerdings reduzieren die japanischen Holzhäuser die Strahlenbelastung für Menschen im Innern nur um die Hälfte.

**Späte Einsicht**

Gestäubt hatte sich die Regierung auch lange gegen eine Neueinstufung der Havarie auf der sogenannten Ines-Skala für Atomunfälle. Bis Kabinettsprecher Yukio Edano am Dienstag bekannt gab, Fukushima werde ab jetzt gleich eingestuft wie Tschernobyl - nämlich als Un-

fall der Kategorie 7, der höchsten Stufe. Was hat Tokio bewegt, diese Korrektur vorzunehmen? Der Zustand der beschädigten Atommeiler hatte sich in den letzten Tagen nicht verschlechtert.

Speedi ist ein Mess- und Computerprogramm zur Schätzung der tatsächlichen Verstrahlung über längere Zeiträume. Das Kürzel steht für System for Prediction of Environment Emergency Dose Information. Seit der Havarie vom 11. März haben die Behörden für ihre Entscheidungen Speedi konsultiert, sich aber geweigert, die Resultate publik zu machen. Inzwischen veröffentlichte Speedi-Karten bestätigen die schwere Verstrahlung in nordwestlicher Richtung über den 20-Kilometer-Radius; der Südwesten kam glimpflicher davon. Aber warum wird die Evakuierungsorder erst jetzt angepasst?

Eine Evakuierung hilft, die Verbreitung der Kontamination zu verringern. Sie stoppt den Verkehr in die verstrahlten Orte und verhindert, dass verstrahlte Produkte wie Gemüse in Umlauf geraten. Zudem ist es einfacher, evakuierte Orte und Felder zu dekontaminieren.

Die hohe Verstrahlung der ersten Woche rührte von Jod-131 mit einer Halbwertszeit von acht Tagen. Die Nuklearbehörden beruhigten die Öffentlichkeit, die Jod-131-Strahlung klinge binnen weniger Monate ab. Das stimmt. Erst jüngst räumte sie dagegen ein, dass inzwischen 80 Prozent der Strahlung von Cäsium-Isotopen stammen - mit Halbwertszeiten zwischen 2 und 30 Jahren. Die gegenwärtige Strahlendosis wird somit über lange Zeit ziemlich konstant bleiben. Eine Rückkehr in die Dörfer ist nicht möglich.

Die Nuklearbehörden müssen von Anfang an vom hohen Cäsium-Anteil der Kontamination gewusst haben. Warum sie mit den Evakuierungen dennoch so lange zögerten, bleibt unerklärlich. Doch es ist ein Muster, das sich in dieser Katastrophe ständig wiederholt.

Schon am 12. März in der Früh, eine Nacht nach dem Beben und dem Tsunami, ahnte die US-Armee, dass die Betreiberfirma Tepco den Meiler Fukushima 1, dessen Kühlsysteme ausgefallen

waren, nicht unter Kontrolle bringen würde. Admiral Robert Willard, der Kommandant der US-Pazifikflotte, verlangte vom Oberkommandierenden der japanischen Armee, General Ryoichi Oriki, Informationen. Oriki antwortete, die Experten studierten die Lage. Am selben Tag bot US-Botschafter John Ross der japanischen Regierung Hilfe an, er wollte US-Strahlenexperten ins Premierministeramt schicken, die auf einem Stützpunkt in Japan stationiert sind. Kabinettsprecher Edano lehnte ab.

**Frankreich und USA frustriert**

Washington richtete sofort einen Krisenstab ein, es drängte Premier Naoto Kan von Anfang an, die Stabilisierung des Meilers nicht Tepco zu überlassen, wie die Tageszeitung «Yomiuri» am Dienstag schrieb. Die USA drohten Japans Botschafter in Washington, man werde alle US-Bürger evakuieren, sollte Kan nicht energisch handeln. Dennoch wartete Kan hundert Stunden, bis nach der vierten Explosion in Fukushima 1, bevor er Tepco seinem Kommando unterstellte. Insider berichten, die Amerikaner und die Franzosen seien bis heute frustriert über die Unentschlossenheit der Japaner, deren notorisches und offenbar auch naives Unterschätzen der Lage und das Zurückhalten von Information.



**Fukushima** Video und Bilder  
iPhone: in der Tagi-App auf **TA+**  
Mobile: SMS mit Text «Plus» an 4488

Wie die USA übt auch Frankreich Druck auf Tokio aus. Eine Studie der Nuklearfirma Areva warnt, im Abklingbecken von Block 4, das immer noch mit Wasser aus Betonpumpen gekühlt wird, könnte es zur «Kernschmelze unter freiem Himmel» kommen. Man hört, Präsident Nicolas Sarkozy habe seinen Blitzbesuch in Tokio am vorletzten Wochenende gemacht, um Premier Kan ins Gewissen zu reden. Neben der Gefahr einer Verstrahlung grosser Gebiete fürchteten Washington und Paris, Fukushima bringe auch für sie das allmähliche Ende der Atomenergie.

**Kommentar** Von Christoph Neidhart

## Die Politiker drücken sich vor der Verantwortung

Mit der Neueinstufung von Fukushima 1 und der Ausweitung der Evakuierungszone anerkennt die japanische Regierung endlich die Schwere der Nuklearkatastrophe. Wieso sie es gerade jetzt tut, ist unklar. Französische und amerikanische Experten verlieren offenbar langsam die Geduld mit den Japanern. Doch Japans Regierung, die nicht einmal Pläne hatte, wie eine Nuklearkatastrophe bewältigt werden könnte, würde niemals zugeben, dass es Druck von aussen nachgibt. Deswegen hat Tokio - viel zu lange und viel zu oft - auch in diesem Fall anfänglich jede Hilfe abgelehnt.

Erdbeben und Tsunami waren Naturkatastrophen. Die Atomkatastrophe dagegen war vermeidbar. Für sie tragen die Betreiberfirma Tepco und die japanische Regierung - nicht nur die

aktuelle, sondern vor allem frühere - die Verantwortung. Tepco hat hier geschlampt, geschummelt und sich gegen Verbesserungen der Sicherheit des Atomkraftwerks gewehrt. Dennoch liess Premierminister Naoto Kan Tepco weiterwerkeln, selbst als die USA ihn baten, der Firma das Krisenmanagement zu entziehen.

Tepco-Chef Masataka Shimizu, der sich auf dem Höhepunkt der Katastrophe ins Spital verzog, besuchte am Montag die Stadt Fukushima, um sich zu entschuldigen. Doch der dortige Gouverneur liess ihn abblitzen. Vom Primus inter pares einer regierungsnahen Firma ist Shimizu zum Buhmann der Nation geworden.

Aber wo sind die Politiker, die Verantwortung für die Katastrophe übernehmen? Premierminister Kan

und seine Demokratische Partei, die erst 2009 an die Macht kamen, haben Tepco und den Atomstaat Japan von den Liberaldemokraten (LDP) geerbt. Diese regierten in Tokio von 1955 bis 2009 und institutionalisierten in dieser Zeit die Korruption, die es Tepco erlaubte, zu pfuschen und zu betrügen. Sämtliche Warnungen ausgewiesener Experten schlugen die Liberaldemokraten immer wieder leichtfertig in den Wind.

Wo ist LDP-Parteichef Sadakazu Tanigaki, wo sind frühere Regierungschefs wie Junichiro Koizumi, Shinzo Abe und Taro Aso heute? Sollten sie sich nicht zusammen mit Tepco-Chef Shimizu für das System entschuldigen, das diese Atomkatastrophe, wenn nicht erst möglich, dann zumindest wahrscheinlicher gemacht hat?

**Tagebuch**

## Also doch!

Die Nachricht erreichte mich gestern in der Mittagspause: Die Situation um das Fukushima-AKW wird neu mit der höchsten Stufe 7 beurteilt. «Also doch», lautete der Kommentar eines Kollegen. Ich musste ihm recht geben: Wenn ich bedenke, über welche Zeitspanne hoch radioaktives Wasser unbemerkt ins Meer gelangte, finde auch ich die Definition «begrenzte Freisetzung»



**Thomas Peter**  
Der 31-jährige Schweizer mit japanischen Wurzeln ist im Zürcher Unterland aufgewachsen. Seit 2003 lebt er in Yokohama nahe Tokio.

nicht mehr passend. Nur befürchte ich, dass durch die neue Einstufung Missverständnisse entstehen. Sie wurde nicht angehoben, weil sich die Lage hier verschärft hat. Sondern weil man eine Neueinschätzung des bisher entwichenen radioaktiven Materials und von dessen Auswirkungen auf den Menschen vorgenommen hat. Dazu kommen die starken Nachbeben, die einerseits die Arbeiten im Kraftwerk erschweren, andererseits ein praktisch unberechenbares Risiko darstellen.

Es gibt in Japan ein Vorwarnsystem, das kommende starke Erdbeben über Fernsehen und Handynetzt ankündigt. Je nach Lage des Epizentrums trifft die Meldung etwa 3 bis 10 Sekunden vor dem Beben ein. Wenn im Büro mehrere Handys gleichzeitig losgehen, steht für einen Moment alles still: Der Signalton ist unverkennbar. Ein Blick auf die Nachricht zeigt, wo das Zentrum liegt. In den letzten Tagen hatten wir zahlreiche stärkere Nachbeben in der Fukushima-Region. Ausgerechnet. Als ob die Leute dort nicht genug geplagt wären! Hier in Yokohama spüren wir die Beben natürlich auch. Sie sind einiges schwächer als im Nordosten, jedoch immer noch zu stark, um sie zu ignorieren. Sosehr wir uns inzwischen auch an sie gewöhnt haben: Die knarrenden Geräusche der Gebäude lösen jedes Mal ein mulmiges Gefühl im Magen aus.

Abgesehen von den Nachbeben herrscht normaler Alltag. Die Luftwerte in der Stadt liegen wieder im selben Bereich wie vor dem 3/11-Unfall (steht für 11. März, so nennen es die Japaner inzwischen). Die Regale in den Läden sind voll, auch Treibstoff ist vorhanden. Die Leute sitzen draussen und picknicken unter den blühenden Kirschbäumen. Ich werde mich in nächster Zeit wohl weniger oft melden, da die Ereignisse hier nicht mehr so turbulent sind wie bis anhin. Herzlichen Dank für die vielen Feedbacks!

Bearbeitung: Simone Rau

## Festnahmen nach Minsker Anschlag

Nach dem Bombenanschlag in der Minsker Metro mit mindestens zwölf Toten haben die weissrussischen Ermittler mehrere Menschen festgenommen. Wie viele es waren und ob sie als Verdächtige eingestuft wurden, wurde nicht bekannt. Die Festgenommenen würden derzeit verhört, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Es würden in Kürze Phantombilder von den Verdächtigen veröffentlicht, die noch auf der Flucht seien. Die Behörden hatten bereits kurz nach dem Anschlag erklärt, dass sie von einem «Terrorakt» ausgingen.

Beim Anschlag wurden insgesamt zwölf Menschen getötet. Ein Verletzter starb in der Nacht im Spital, wie das Gesundheitsministerium mitteilte. Insgesamt seien mehr als 150 Menschen verletzt worden, etwa 40 befänden sich noch in kritischem Zustand. Den Angehörigen der Toten versprach die Regierung umgerechnet je etwa 9000 Franken Schadenersatz.

Präsident Alexander Lukaschenko, dessen Büro und Residenz sich direkt an der zerstörten U-Bahn-Station Oktjabrskaja befindet, forderte den Geheimdienst KGB auf, das Land auf der Suche nach den Tätern «auf den Kopf zu stellen». Beobachter erwarten, dass der «letzte Diktator Europas» die Daumenschrauben noch fester anziehen wird.

Die Bombe sei vermutlich per Fernzunder im abendlichen Berufsverkehr ausgelöst worden, sagte Innenminister Anatoli Kuleschow. Der mit Metallteilen gespickte Sprengsatz mit fünf bis sieben Kilogramm TNT war am Vortag unter einer Sitzbank auf dem Bahnsteig der zentralen Haltestelle Oktjabrskaja versteckt worden. Bislang wurden neun Tote identifiziert. (SDA/DPA)

**Nachrichten**

Elfenbeinküste

### Präsident Ouattara ruft zur Versöhnung auf

Nach dem Ende des Machtkampfs in der Elfenbeinküste hat der siegreiche Alasane Ouattara zur Aussöhnung aufgerufen. Der neue Präsident kündigte die Bildung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission an, die den Vorwürfen nachgehen soll, beide Seiten hätten Gräueltaten an Zivilisten verübt. In den Kämpfen seit November sollen mindestens 1000 Menschen ums Leben gekommen sein. Auch Ex-Präsident Laurent Gbagbo forderte in einer kurzen TV-Aufzeichnung aus dem Hotel, wo er festgehalten wird, ein Ende der Kämpfe. Er wirkte erschreckt. Unklar blieb die Rolle der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich bei seiner Festnahme. (Reuters)  
Analyse Seite 11

China

### Peking lädt Ai Weiweis Frau zur Einvernahme vor

Die chinesischen Behörden haben die Ermittlungen gegen den regimekritischen Künstler Ai Weiwei ausgeweitet. Seine Frau Lu Qing wurde gestern ins Peking Steueramt einbestellt. Der Buchhalter und ein Mitarbeiter des Künstlers wurden von der Polizei festgenommen, wie seine Schwester berichtete. Der 53-jährige Ai Weiwei, der wegen seiner Kritik am repressiven System als soziales Gewissen Chinas gilt, war vor zehn Tagen wegen angeblicher «Wirtschaftsverbrechen» festgenommen worden. Die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton forderte gestern die sofortige Freilassung des prominenten Künstlers und Dutzender weiterer Aktivisten, die in den letzten Monaten festgenommen worden waren. (SDA)

USA

### Mitt Romney will US-Präsident werden

Der Multimillionär und Ex-Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney, versucht es nochmals: Nach seinem Scheitern in der Präsidentschaftswahl 2008 tritt der Republikaner kommendes Jahr erneut an. «Es ist Zeit, dass wir Amerika auf den Pfad zur Grösse zurückführen», sagte Romney in einer Videobotschaft. Er ist der zweite Republikaner nach dem Ex-Gouverneur von Minnesota, Tim Pawlenty, der seine Kandidatur für 2012 angekündigt hat. Romney war in den republikanischen Vorwahlen 2008 gegen John McCain ausgeschieden. (Reuters)